



Geschäftsbericht 2022

Sparda-Bank Hannover eG

Sparda-Bank

Inhalt

Geschäftsbericht 2022

- 2** Bericht des Vorstandes
- 3** Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!
- 4** Ein Partner für die Zukunft
- 5** Wir sind für Sie da!
- 6** Organe
- 7** Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022
- 21** Jahresabschluss 2022
- 37** Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 42** Dankeschön
- 42** Impressum
- 43** Unsere Standorte

Bericht des Vorstandes

Steigerung im Provisionsgeschäft

In einem von Herausforderungen und besonderen Entwicklungen geprägten Jahr 2022 haben wir uns gut behauptet. Der Jahresüberschuss von 3,5 Millionen Euro ist unter Berücksichtigung der Einflussfaktoren zufriedenstellend. Mit einer Bilanzsumme von 5,1 Milliarden Euro haben wir unsere Position als eine der größten Genossenschaftsbanken in Norddeutschland bestätigt.

Mit unserem soliden genossenschaftlichen Geschäftsmodell sind wir für unsere 243.000 Kundinnen und Kunden gerade in unsicheren Zeiten ein Partner, der Kontinuität und Sicherheit bietet. Wie groß ihr Vertrauen in unsere Bank ist, belegt eine Umfrage der Plattform gute-banken.de: Wie schon im Vorjahr bescheinigten uns die Kunden eine sehr hohe Zufriedenheit mit unseren Beratungsleistungen.

Die Zeit der Negativzinsen endete im Jahr 2022. Bereits zum 1. Juli 2022 haben wir bei unseren Kundinnen und Kunden auf die Berechnung der Negativzinsen verzichtet. Die Kundeneinlagen bewegen sich mit 4,3 Milliarden Euro nahezu auf Vorjahresniveau.

Das Gesamtvolumen der Kundenkredite blieb unverändert bei 3,0 Milliarden Euro. Unsere Kunden haben teilweise geplante Immobilienfinanzierungen aufgegeben oder verschoben, da sie durch den Zins- und Preisanstieg sowie Lieferengpässe von Baumaterialien verunsichert waren. Die Zeitschrift FOCUS MONEY hat uns aufgrund unserer fairen Konditionen und kompetenten Beratung zum wiederholten Mal als einen der fairsten Baufinanzierer ausgezeichnet.

Der Provisionsüberschuss stieg um 5,7 Millionen Euro auf 15,7 Millionen Euro. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Wiedereinsetzung und Erhöhung der Preise für die Kontomodelle im Laufe des Jahres 2022 zurückzuführen. Der Jahresüberschuss ermöglicht bei einer Dividende von 2,5 Prozent eine angemessene Dotierung der offenen Rücklagen. Die Gesamtkapitalquote liegt per 31. Dezember 2022 bei 21,8 Prozent. Die zukünftigen aufsichtsrechtlichen Kennzahlen erfüllen wir umfanglich.



226 Vollzeitbeschäftigte und 182 Teilzeitbeschäftigte das heißt 408 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren 2022 durchschnittlich bei der Sparda-Bank Hannover beschäftigt. Darüber hinaus waren durchschnittlich neun Auszubildende in unserer Bank tätig.



15,7 Millionen Euro beträgt unser Provisionsüberschuss Ende 2022. Im Vergleich: Ende 2021 waren es 10,0 Millionen Euro.



Willkommen bei der Sparda-Bank Hannover!



Der Vorstand 2022 von links nach rechts: Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender), André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender), Niclas Bychowski

Freundlich und fair.

**Liebe Leserinnen und Leser,
sehr geehrte Kundinnen, Kunden und Mitglieder,**

im vergangenen Jahr sind die Herausforderungen an uns alle nicht weniger geworden. Im Gegenteil. Zur Coronapandemie kam der Krieg in der Ukraine hinzu. Die Folgen waren neben großen menschlichem Leid Lieferengpässe und Preissteigerungen in vielen Bereichen.

Die Zeit der Niedrig- und Negativzinsen haben wir aber im Juli 2022 hinter uns gelassen. Steigende Zinsen für Baufinanzierungen sorgten gleichzeitig für Verunsicherung.

Unter diesen fordernden Rahmenbedingungen hat sich unsere wirtschaftliche Lage im Geschäftsjahr 2022 als sehr stabil erwiesen.

Mit unserem soliden genossenschaftlichen Geschäftsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, waren wir für 243.000 Kundinnen und Kunden die Bank ihres Vertrauens.

Unsere digitalen Angebote haben wir weiter verbessert. Die Zukunft wird digitaler – aber nicht weniger persönlich.

Herzliche Grüße

Ihr Vorstand der Sparda-Bank Hannover eG

Ein Partner für die Zukunft



Wir als Arbeitgeber

Gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, ist für Unternehmen heute eine der größten Herausforderungen. Der Schlüssel zum Erfolg lautet: Mitarbeiterzufriedenheit. Dafür tun wir viel. Mit flexiblen Arbeitszeitmodellen und Homeoffice-Angeboten fördern wir die Work-Life-Balance. Dazu bieten wir eine attraktive Vergütung nach Tarifvertrag mit unterschiedlichen Sonderzahlungen. Eine starke Unternehmenskultur fördert das Miteinander und die berufliche Weiterentwicklung. Auch durch attraktive Sozialleistungen und betriebliche Gesundheitsmaßnahmen bringen wir unsere Wertschätzung zum Ausdruck.

Weichen für Nachhaltigkeit gestellt

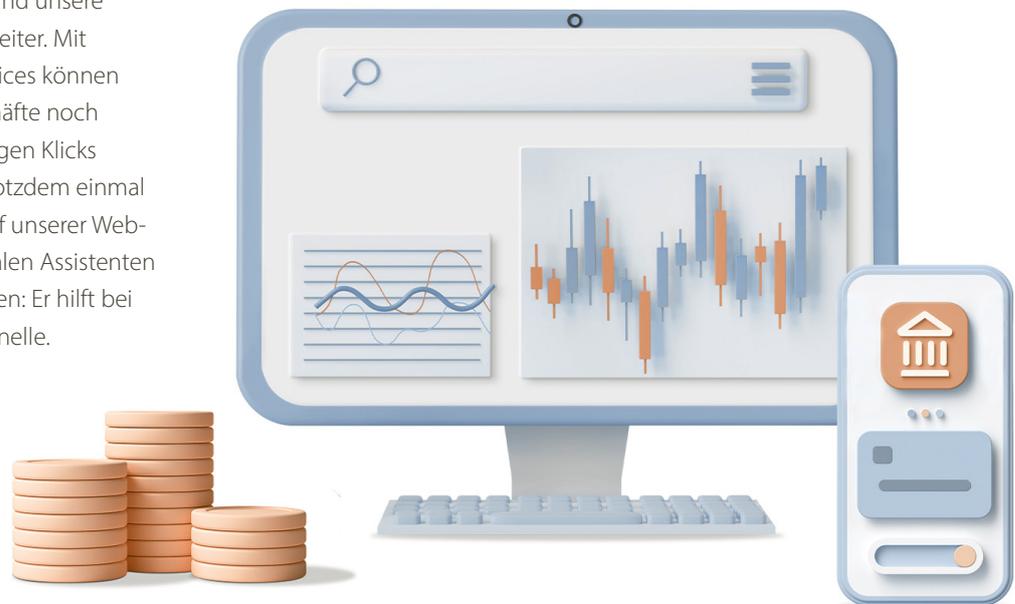
Nachhaltigkeit hat für uns eine ökologische und eine soziale Komponente. Seit 2022 ist sie auch offiziell Bestandteil unserer Geschäftspolitik und in allen Unternehmensbereichen verankert. Wir sehen Nachhaltigkeit als Chance und sorgen für eine nachhaltige Geschäftstätigkeit innerhalb unseres Geschäftsbereiches. Auch die STIFTUNG Sparda-Bank Hannover leistet mit ihren Förderungen gemeinnütziger Einrichtungen und Institutionen einen aktiven Beitrag für eine verantwortungsbewusste Zukunft.



Wir sind für Sie da!

Neues Online- und Mobile-Banking

Unser Online-Banking und unsere Apps entwickeln sich weiter. Mit zahlreichen neuen Services können immer mehr Bankgeschäfte noch einfacher und mit wenigen Klicks erledigt werden. Wer trotzdem einmal nicht weiter weiß, ist auf unserer Webseite bei unserem digitalen Assistenten „Hanno“ in guten Händen: Er hilft bei Fragen in Sekundenschnelle.



Standorte neu gestaltet

Unsere SB-Standorte und Filialen erhalten nach und nach ein neues Gesicht. An den ersten Standorten haben wir unser neues Gestaltungskonzept bereits umgesetzt. Frische und moderne Optik sorgen für eine angenehme Atmosphäre. In Wolfsburg finden unsere Kundinnen und Kunden eine Kombination aus Beratungscenter für die Baufinanzierung und modernem Selbstbedienungsbereich.

Organe

Vorstand

André-Christian Rump (Vorstandsvorsitzender)
Jochen Ramakers (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
Niclas Bychowski (Vorstandsmitglied)

Aufsichtsrat bis 17. Juni 2022

Susanne Steinert (Aufsichtsratsvorsitzende), Sven Hitz (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Katrin Becker, Jörg Dreyer, Karl Eickmeier, Thomas Hermann, Jürgen Köhn, Prof. Dr. Bodo von Rüden, Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 183 Mitgliedervertretern.

Aufsichtsrat ab 17. Juni 2022



Susanne Steinert
(Aufsichtsratsvorsitzende)



Sven Hitz (stellvertretender
Aufsichtsratsvorsitzender)



Katrin Becker



Jörg Dreyer



Jürgen Goldberg (vorher: Köhn)



Thomas Hermann



Torsten Rathsmann



Prof. Dr. Bodo von Rüden



Dominic Sauer

Die Vertreterversammlung besteht aus 183 Mitgliedervertretern.

Verbandszugehörigkeit

Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt/Main
Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

der Sparda-Bank Hannover eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Sparda-Bank Hannover eG ist eine Bank für Privatkunden wie Angestellte, Beamte, Rentner und sonstige Privatpersonen. Die Kunden stammen nahezu ausschließlich aus dem Einzugsbereich der Bank. Das Geschäftsgebiet der Bank erstreckt sich auf Teile von Niedersachsen sowie Ostwestfalen-Lippe und das Bundesland Bremen. Die Genossenschaft betreut über die digitalen Wege auch Mitglieder und Kunden außerhalb des Kerngeschäftsgebietes.

Die Genossenschaft ist der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands wurde 2022 spürbar durch die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine belastet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent. Die Wirtschaftsleistung nahm damit, trotz der auch 2022 noch andauernden Erholung vom Coronakrisenjahr 2020, deutlich schwächer zu als 2021 (+2,6 Prozent). Die allgemeine Teuerung zog kriegsbedingt weiter an. Die Inflationsrate war mit 7,9 Prozent so hoch wie seit über 70 Jahren nicht mehr.

Zu Jahresbeginn war die Wirtschaftsleistung noch kräftig expandiert, befördert insbesondere durch die voranschreitende Erholung der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche vom pandemiebedingten Einbruch 2020. Im weiteren Jahresverlauf verschlechterte sich die Konjunktur aber deutlich, was in eine Stagnation zum Jahresende mündete. Hauptgrund für die Verschlechterung waren die wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des Ende Februar einsetzenden Ukrainekrieges, wie nochmals steigende Energie- und Rohstoffpreise, länger bestehende Lieferkettenstörungen und enorme Unsicherheiten, nicht zuletzt über die Gasversorgung. Ende August stellte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland vollständig ein. Gedämpft wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zudem durch den bereits vor dem Kriegsausbruch verbreiteten Arbeitskräftemangel und die Spätfolgen der Coronapandemie, die sich unter anderem in zeitweisen Lockdowns in wichtigen Häfen und Metropolen Chinas und den streckenweisen hohen Krankenständen hierzulande zeigten.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind, nach einem geringfügigen Zuwachs im Vorjahr (+0,4 Prozent), im Verlauf von 2022 zunächst kräftig gestiegen. Angesichts der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen wurde vor allem in den Bereichen Gastgewerbe sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur mehr ausgegeben. Zum Jahresende bremste dann jedoch der Höhenflug der Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verstärkt aus. Auf Jahressicht konnten die privaten Konsumausgaben dennoch preisbereinigt um deutliche 4,6 Prozent zulegen und mit soliden 2,3 Prozentpunkten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen.

Die Gemengelage aus enormen Preiserhöhungen, andauernden Personal- und Materialengpässen, eingetrübten Ertragsaussichten, weniger günstiger Finanzierungsbedingungen sowie hoher Unsicherheiten belastete das Investitionsklima spürbar. Die Bauinvestitionen gaben um 1,6 Prozent nach, da einer moderaten Ausweitung der öffentlichen Investitionen spürbare Rückgänge im Wohnungs- und Wirtschaftsbau gegenüberstanden.

Auch am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung vom Krisenjahr 2020 fort. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen ging weiter zurück. Trotz eines zeitweisen Anstiegs, im Zuge der erstmaligen Erfassung ukrainischer Flüchtlinge, gab die

Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um etwa 200.000 auf rund 2,4 Mio. nach. Vor diesem Hintergrund sank auch die Arbeitslosenquote nochmals, von 5,7 Prozent im Vorjahr auf 5,3 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich 2022 um knapp 600.000 auf rund 45,6 Mio. Menschen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand.

Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag mit 7,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 erheblich über ihrem Vorjahreswert von 3,1 Prozent. Einen vergleichbar hohen Anstieg der Preise für die Lebenshaltung hatte es in der Bundesrepublik zuletzt 1951 mit 7,6 Prozent gegeben. Maßgeblich für die enorme Teuerung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die im Zuge des Ukrainekrieges sowie der andauernden Lieferengpässe um außerordentliche 34,7 Prozent und 13,4 Prozent stiegen. Die Verbraucherpreisdynamik war bereits im Januar mit einer Inflationsrate von 4,9 Prozent sehr kräftig. Sie beschleunigte sich angesichts extremer Import- und Erzeugerpreisanstiege weiter und führte im Oktober zu einem Jahreshöchststand der Inflationsrate von 10,4 Prozent. Die Gesamtteuerung wäre allerdings noch höher ausgefallen, wenn der Staat nicht durch Entlastungsmaßnahmen gegengesteuert hätte. Zu nennen sind hier beispielsweise das 9-Euro-Ticket und der Tankrabatt, die in den Monaten Juni bis August wirkten sowie die einmalige Übernahme der Gas- und Wärmerechnungen im Dezember.

Zum Jahresbeginn ging die EZB trotz hoher und steigender Inflationsraten noch von einem temporären Inflationsschub aus. In mehreren Schritten beendete sie zuerst ihre Anleihekaufprogramme, die eingeführt worden waren, um die bestehende stark expansive Geldpolitik noch zu verstärken. Im Februar endeten die Zukäufe des pandemiebedingten Anleihekaufprogramms (PEPP) und im Juli die des schon 2014 gestarteten Anleihekaufprogramms APP. Die Leitzinsen blieben daher zunächst noch extrem niedrig. Parallel stieg die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im ersten Halbjahr von 5,0 auf 8,6 Prozent. Beginnend mit dem 27. Juli erhöhte die EZB dann auch ihren Leitzins erstmals seit dem Jahr 2011. In fünf Monaten stieg er um 250 Basispunkte auf 2,5 Prozent. Zum Jahresende kündigten EZB-Präsidiumsmitglieder weitere Zinsschritte für das Jahr 2023 an, um die Inflation auf den Zielwert von zwei Prozent zurückzuführen.

Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2022, am 15. Dezember, entschied die EZB zudem, die vollständige Reinvestition ihrer Bestände an Staatsanleihen zu beenden. Ab März 2023 sollen auf diesem Weg Bestände in Höhe von durchschnittlich 15 Mrd. EUR monatlich abgebaut werden. Diese Entscheidung gilt für das Kaufprogramm APP mit einem Volumen von insgesamt 3.258 Mrd. EUR, nicht aber für das Pandemie-Notfallprogramm PEPP. Dessen Anleihen in Höhe von insgesamt 1.684 Mrd. EUR sollen bis mindestens Ende 2024 vollständig reinvestiert werden.

II.2 Geschäftsverlauf der Sparda-Bank Hannover eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Bilanzsumme	5.089.740	5.088.373	+	1.367	-
Außerbilanzielle Geschäfte	1.195.109	1.325.316	-	130.207	9,8

Die Bilanzsumme blieb nahezu unverändert und lag damit über dem Prognosewert.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 1.066 TEUR, aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 181.043 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 1.013.000 TEUR zusammen setzen, liegen unter dem Vorjahresniveau. Ursächlich ist dies auf ein im Vergleich zum Vorjahr geringeren Bestand an offenen Kreditzusagen und eine Verminderung der zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos erforderlichen derivativen Geschäfte zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Kundenforderungen	2.987.673	2.999.105	-	11.432	0,4
Wertpapiere	763.093	720.931	+	42.162	5,8
Forderungen an Kreditinstitute	1.014.020	1.241.157	-	227.137	18,3

Die Entwicklung der Kundenforderungen entsprach nicht den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Die Erreichung des Volumenzieles war in Folge der Unsicherheiten aufgrund des Krieges in der Ukraine nicht möglich. Diese führten zu einer hohen Inflationsrate, stark anziehenden Zinsen, Problemen bei der Beschaffung von Baumaterialien sowie Konsumgütern und Unklarheiten bei der weiteren Entwicklung von Immobilienpreisen. Diese Gesamtheit an Faktoren führte dann bei den Kunden der Bank zu einer entsprechenden Aufgabe oder der Verschiebung von Konsum oder Immobilienkauf auf Kredit.

Die Wertpapiieranlagen haben sich infolge weiterer Investitionen in Spezialfonds erhöht. Umwidmungen aus der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen wurden zur Abbildung einer veränderten Zweckbestimmung einiger Wertpapiere vorgenommen.

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich vermindert, da Liquidität im Rahmen der Liquiditätssteuerung zur Bundesbank übertragen wurde. Täglich fällige Forderungen wurden im gleichen Zuge in Schuldscheindarlehen und Termingelder umgeschichtet.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	268.878	251.592	+	17.286	6,9
Spareinlagen von Kunden	1.520.713	1.515.757	+	4.956	0,3
andere Einlagen von Kunden	2.815.852	2.844.896	-	29.044	1,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit begründen sich unverändert aus Refinanzierungsmitteln für das Kundengeschäft. In den täglich fälligen Verbindlichkeiten sind zudem erhaltene Sicherheitsleistungen für positive Barwerte der Derivate enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden haben sich im Wesentlichen entsprechend der Prognosen entwickelt.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	6.271	6.540	-	269	4,1
andere Vermittlungserträge	2.581	2.346	+	235	10,0
Erträge aus Zahlungsverkehr	13.433	7.582	+	5.851	77,2

Die Wiedereinführung und Erhöhung von Kontoführungsgebühren (inklusive Neueinführung eines weiteren Kontomodells) blieb aufgrund rechtlicher Klärungen zeitlich hinter dem Plan zurück, da für die Einholung der erforderlichen Zustimmungserklärungen der Kunden der Sparda-Bank Hannover eG eine längere Zeitspanne erforderlich war. Die Erträge aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft erhöhten sich vor dem Hintergrund der allgemeinen Marktentwicklung nicht wie beabsichtigt. Daher wurden die für das Jahr 2022 prognostizierten Ergebnisentwicklungen im Dienstleistungsgeschäft nicht vollumfänglich erreicht. Im Saldo verbleibt im Vergleich zum Jahr 2021 dennoch eine deutliche Steigung.

Investitionen

Ein Schwerpunkt der Investitionen im Jahr 2022 lag im Bereich der Netzwerktechnik. Erneut wurde auch in die weitere Verbesserung der Arbeitsplatzausstattung investiert. Umbaumaßnahmen wurden insbesondere an den Standorten in Detmold, Northeim, Uelzen und Vegesack vorgenommen und in Delmenhorst begonnen. Das Investitionsvolumen hat sich insgesamt auf 819 TEUR erhöht.

Personal- und Sozialbereich

Die Sparda-Bank Hannover eG beschäftigte im Jahr 2022 durchschnittlich 408 Angestellte.

Es befanden sich zu Beginn des Jahres 2022 zehn Auszubildende in der Berufsausbildung. Zum 01. August 2022 wurden vier Auszubildende in ein Berufsausbildungsverhältnis aufgenommen. Insgesamt schlossen zwei Auszubildende erfolgreich ihre Ausbildung ab.

Im Jahr 2023 stellt die Sparda-Bank Hannover eG fünf neue Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Frei gewordene und neu entstandene Stellen inklusive Führungspositionen konnten in gewissem Umfang intern mit eigenem Personal besetzt werden. So haben Mitarbeiter wieder die Chance erhalten, ganz neue Aufgabenbereiche zu übernehmen.

Führungskräfte, Mitarbeiter und Auszubildende wurden über insgesamt 542 Seminartage geschult. Die Sparda-Bank Hannover eG hat durchschnittlich rund 706 Euro pro Mitarbeiter investiert. Die Schwerpunkte der Qualifizierungsmaßnahmen bildeten Fortbildungen zu rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben, die Vertiefung des Fachwissens im Wertpapier- und Baufinanzierungsgeschäft, die Führungskräfteentwicklung sowie die Entwicklung von Fachkarrieren.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.3 Lage der Sparda-Bank Hannover eG

II.3.1 Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	80.118	55.201	+	24.917	45,1
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.656	6.274	-	618	9,9
Provisionsüberschuss ²⁾	15.681	10.012	+	5.669	56,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	4.664	1.044	+	3.620	346,7
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	31.786	33.183	-	1.397	4,2
b) andere Verwaltungsaufwendungen	27.872	29.344	-	1.472	5,0
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-29.911	6.733	-	36.644	544,2
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	15.723	15.827	-	104	0,7
Außerordentliches Ergebnis	-	-584	+	584	100,0
Steueraufwand	12.186	5.709	+	6.477	113,5
Jahresüberschuss	3.507	3.529	-	22	0,6

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13-16

Die Ertragslage im Jahr 2022 wurde von einigen Sonderfaktoren beeinflusst. Zu nennen sind hier unter anderem der starke Anstieg des Zinsniveaus, dadurch ausgelöste Steuerungsmaßnahmen und Bewertungseffekte bei den eigenen Wertpapieren, die Wiedereinsetzung und Erhöhung der Kontoführungsgebühren (inklusive Neueinführung eines weiteren Kontomodells) nach Einholung entsprechender Zustimmungen der Kunden sowie umgesetzte Anpassungen zur Beachtung des IDW-Rechnungslegungshinweises FAB 1.021 hinsichtlich der teilweisen kongruenten Bewertung von Pensionsrückstellungen und Ansprüchen aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen. Die in der Vorperiode berichteten Prognosen sind daher nicht wie geplant eingetreten.

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos wurde die Zusammensetzung des Derivate-Portfolios verändert. Hierdurch wurde ein positiver Barwert in Höhe von 22.436 TEUR im Zinsüberschuss realisiert. Ebenso haben die im Laufe des Geschäftsjahres 2022 weggefallenen Negativzinsen dazu beigetragen, dass sich der Zinsüberschuss in Summe um 45,1 Prozent erhöht hat.

Die Entwicklung „Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren“ entspricht den erhaltenen Ausschüttungen aus den Spezialfonds der Sparda-Bank Hannover eG.

Die Steigerung des Provisionsüberschusses ist im Schwerpunkt auf die Wiedereinsetzung der Kontoführungsgebühren im Laufe des Jahres 2022 zurückzuführen.

Im sonstigen betrieblichen Ergebnis sind Erträge in Höhe von 3.123 TEUR aus der umgesetzten Anpassung der Bewertung von Pensionsansprüchen an den entsprechenden IDW-Rechnungslegungshinweis enthalten.

Der Personalaufwand hat sich im Gleichlauf mit dem Personalbestand verringert. Die Aufwendungen für die Altersversorgung blieben, beeinflusst vom Bewertungszinssatz unter dem angesetzten Planwert. Ein gutes Kostenmanagement, insbesondere im Bereich der Datenverarbeitung, führte zu einer Reduktion der anderen Verwaltungsaufwendungen.

Im Bewertungsergebnis waren hohe Bewertungsabschläge im Wertpapierbestand der Sparda-Bank Hannover eG zu verkräften, die durch den starken Zinsanstieg ausgelöst wurden.

Unter Berücksichtigung aller Einflussfaktoren und besonderen Entwicklungen (insbesondere der Erträge aus dem vorzeitigen Closing von Swaps) ist der verbleibende Jahresüberschuss zufriedenstellend. Er liegt knapp unter dem erzielten Ergebnis des Vorjahres. Vor dem Hintergrund des allgemein gestiegenen Zinsniveaus erlaubt dieser Ausweis eine Dividende von 2,5 Prozent und eine noch angemessene Dotierung der offenen Rücklagen.

II.3.2 Finanz- und Liquiditätslage

Unverändert ist eine hohe Liquidität gegeben, sodass die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr stets gegeben war.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr jederzeit aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen und bieten ausreichend Freiraum für die Fortführung des Bankgeschäftes im Rahmen der strategischen Planung.

II.3.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	73.899	74.005	-	106	0,1
Rücklagen	160.970	158.350	+	2.620	1,7

Der Rückgang von gezeichnetem Kapital wurde weiterhin durch Rücklagenzuführung kompensiert. Das bilanzielle Eigenkapital ist damit insgesamt weiter gestiegen. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 164.424 TEUR (Vorjahr 164.393).

Die Sparda-Bank Hannover eG verfügt somit unverändert über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,07 Prozent.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen (Aktiva 4) an der Bilanzsumme beträgt 58,7 Prozent. Im Kundenkreditgeschäft findet aufgrund der Kundenstruktur eine Risikostreuung auf viele Einzelkreditnehmer statt.

Finanzierungen mit einem Volumen von mehr als 400 TEUR sind die Ausnahme. Ihr prozentualer Anteil am gesamten Kundenkreditvolumen beträgt per 31. Dezember 2022 6,0 Prozent. Akute Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen abgesichert. Latente Risiken sind durch Vorsorgereserven abgedeckt.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung		
	TEUR	TEUR	+/-	TEUR	%
Anlagevermögen	339.163	174.231	+	164.932	94,7
Liquiditätsreserve	423.930	546.700	-	122.770	22,5

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 15,0 Prozent an der Bilanzsumme. Sämtliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Darüber hinaus ergaben sich insbesondere bei dem Spezialfonds für Immobilieninvestments Kursreserven zum Bilanzstichtag.

Im Anlagevermögen sind nachrangige Anleihen und der Immobilien-Spezialfonds enthalten. Im Zuge der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wurden im Geschäftsjahr zudem bestimmte Wertpapiere von Emittenten aus dem genossenschaftlichen Verbund von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgewidmet.

Derivategeschäfte

Zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) wurden Zinsderivate in einem Umfang von 1.013.000 TEUR eingesetzt. Die Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen.

II.4 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufes und der Lage

Das Geschäftsjahr 2022 war von großen Veränderungen in den Rahmenbedingungen geprägt, die den Geschäftsverlauf beeinflusst haben. Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine in Form von stark steigenden Zinsen und fallenden Aktienmärkten wurden im Bewertungsergebnis vollständig verarbeitet. Das Ende der Jahre mit Niedrig- und Negativzinsniveau ermöglicht zudem einen entspannteren Ausblick in die Zukunft. Die wirtschaftliche Lage der Sparda-Bank Hannover eG erwies sich als sehr stabil.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

III.1.1 Ziele und Strategien

Das Risikomanagement ist für die Bank eine zentrale Aufgabe und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise auch über den Bilanzstichtag hinaus darzustellen.

Insofern umfassen die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse das komplette Risikomanagement im betriebswirtschaftlichen Sinne einschließlich der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation aller wesentlichen Risiken.

Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient zugleich der Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagements ist bestimmt durch eine nachhaltige Geschäfts- und Risikostrategie, die aufzeigt, mit welchen strategischen Zielen und Maßnahmen die langfristige Existenz der Bank dauerhaft gesichert werden soll.

III.1.2 Verfahren zur Identifikation, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken

Alle eingegangenen Geschäfte sind mit Risiken versehen. Die Identifizierung, Limitierung, Messung, Steuerung und Kommunikation dieser Risiken erfolgt im Rahmen des Gesamtbanksteuerungsprozesses, der alle Aktivitäten auf Basis der Geschäfts- und Risikostrategie vereint und gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) für Kreditinstitute ausgerichtet ist.

Identifikation

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken.

Im Rahmen der jährlichen oder anlassbezogenen Risikoinventur identifiziert, quantifiziert, beurteilt und dokumentiert die Bank die Risiken, die die Vermögens- (inklusive Kapitalausstattung), Ertrags- oder Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können. Die Inventur betrifft ebenfalls die damit verbundenen Risikokonzentrationen auf Gesamtinstitutsebene.

Bewertung

Im Rahmen der Risikoinventur erfolgt die qualitative Einstufung der Risikoarten in die aufsichtsrechtlichen Kategorien „wesentliches Risiko“ bzw. „unwesentliches Risiko“. Als wesentliche Risiken wurden folgende Risikokategorien identifiziert:

- ➔ Adressenrisiken
- ➔ Marktpreisrisiken
- ➔ Liquiditätsrisiken
- ➔ Operationelle Risiken
- ➔ Vertriebs- und Betriebsrisiken
- ➔ Modellrisiken

Steuerung und Überwachung

Die Risikotragfähigkeit stellt die betriebswirtschaftliche Grundlage der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse dar.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen der normativen und ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeit.

Zur gezielten Steuerung der Risiken existieren Limite für die einzelnen Risikoarten. Die Risikoermittlung erfolgt im Konfidenzniveau 99,9 Prozent. Zum Stichtag wurde die gesamte Risikotragfähigkeit zu 40 Prozent ausgelastet.

In der strategischen Steuerung gem. Eigengeschäftsstrategie besteht das Ziel der risiko- und ertragsoptimalen Aufteilung und Anlage des Vermögens der Bank im Rahmen der strategischen Asset Allokation. Die Steuerung der einzelnen Risiko- und Vermögensklassen ist überwiegend passiv ausgerichtet, d. h., sie orientiert sich an der gewählten Benchmark. Zur Einhaltung der passiven Ausrichtung wurde ein Abweichungslimit definiert.

Für die strategische Steuerung und Vermögensallokation werden Diversifikationseffekte bewusst genutzt, die dagegen im Rahmen der Risikotragfähigkeit aus Vorsichtsgründen ignoriert werden.

Die Risikolage wird dem Vorstand im regelmäßigen Risikobericht aufgezeigt. Der Aufsichtsrat erhält den Risikobericht quartalsweise sowie wesentliche Kennzahlen zur Gesamtbanksteuerung im monatlichen Rhythmus.

Zusätzlich werden bei Überschreiten definierter Beobachtungsmarken Ad-hoc-Berichte erstellt, die bei Bedarf Steuerungsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auf Basis der aktuellen Ergebnisvorschau und des Risikoberichtes werden Steuerungsmaßnahmen abgeleitet. Die Gesamtbanksteuerung wird bestimmt durch die Verbindung von internen Steuerungsgrößen, die ökonomisch ausgerichtet sind, und externen Größen, die zum Beispiel durch handelsrechtliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben geprägt sind. Die integrierte Betrachtung beider Sichten erlaubt eine gezielte Steuerung.

Die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risikoarten werden regelmäßig überprüft, kontinuierlich weiterentwickelt und regelmäßig den aufsichtsrechtlichen sowie bankinternen Anforderungen und den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Im Rahmen der Organisation erfolgt eine konsequente Trennung zwischen Handels- und Nichthandels- bzw. Markt- und Marktfolgebereichen sowohl innerhalb der Aufbau- als auch der Ablauforganisation, sodass die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems gewährleistet ist. Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagementaktivitäten werden gemäß den MaRisk durch die Interne Revision geprüft.

III.1.3 Stresstests

Im Rahmen der regelmäßigen und anlassbezogenen Risikoquantifizierung werden auch umfangreiche Stresstests durchgeführt, in denen die Auswirkungen ungewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf den Geschäftsbetrieb der Bank simuliert werden.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Angesichts der Geschäftsstruktur beziehen sich die Marktpreisrisiken auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen, auf Kursveränderungen im Direktbestand sowie in Spezial- und Immobilienfonds. Das Zinsänderungsrisiko stellt die bedeutendste Risikoart innerhalb des Marktpreisrisikos dar.

Die Fristentransformation ergibt sich im Wesentlichen aus der tendenziell längerfristigen Bindung auf der Aktivseite verglichen mit der in weiten Teilen kurzfristigeren Mittelaufnahme auf der Passivseite, so dass sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen auf den Unternehmenserfolg der Bank niederschlagen. Die Zinsänderungsrisiken misst und steuert die Bank barwertig mit einem System, das die Risiken rechtzeitig erfasst und quantifiziert sowie diese auf die internen Limite anrechnet. Die risikobegrenzenden Limite sind so festgesetzt, dass Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, bevor die Risikotragfähigkeit deutlich tangiert wird.

Risiken der strategischen Asset-Allokation

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation wurden zur weiteren Diversifizierung Risiken in Aktien-, Renten- und Immobilienfonds aufgebaut. Aktien- und Rentenfonds werden in einem Spezialfonds aggregiert, die einzelnen Immobilienfonds wurden im letzten Jahr in einen Masterfonds überführt.

Sonstige Marktpreisrisiken

Die Bank stellt sicher, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen definierter Limite getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiertes System begrenzt.

Ein Handelsbuch im Sinne der CRR unterhält die Bank nicht. Die genutzten Finanzinstrumente dienen der Anlage oder Absicherung im Rahmen der Zinsbuchsteuerung.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Unter Adressenrisiken werden die möglichen Verluste verstanden, die sich durch den teilweisen oder vollständigen Ausfall oder eine Bonitätsverschlechterung eines Kreditnehmers oder Vertragspartners ergeben können. Die Bank unterscheidet zwischen klassischem Adressenausfallrisiko des Kundenkreditgeschäftes sowie dem Kontrahenten- und Emittentenrisiko des Eigengeschäftes.

Die Adressenrisiken werden zusätzlich zu den internen Limiten aufsichtsrechtlich durch Vorschriften des Kreditwesengesetzes und der CRR begrenzt.

Alle Kreditnehmer werden nach bankinternen Beurteilungskriterien in Risikogruppen eingestuft. Dazu nutzt die Bank externe und interne Ratings. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumen und Blankoanteilen ausgewertet und in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Die Einstufungen werden regelmäßig überprüft und in einem vierteljährlichen Risikobericht dargestellt.

Dieser Quartalsbericht gibt unter anderem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Größenklassen, Rating und Besicherung.

Zur Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäftes bestehen beispielsweise Limite hinsichtlich des risikorelevanten Geschäftes oder des Ratings im Bestand und Neugeschäft.

Das Adressenrisiko aus Ausfall- und Migrationsrisiko wird innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Kundengeschäft (KPM-KG) der parcIT ermittelt.

Eigenanlagen

Bevor mit einer Adresse im Eigengeschäft Handelsgeschäfte durchgeführt werden, ist ein Votierungsprozess zu durchlaufen, der mindestens einmal jährlich wiederholt wird. Zur Begrenzung der Adressenrisiken im Eigengeschäft werden Direktanlagen grundsätzlich nur bei europäischen Emittenten in Euro getätigt.

In der Direktanlage sind zur Risikodiversifizierung die einzelnen Engagements jeder Kreditnehmereinheit in Abhängigkeit von der Bonität und Besicherung in der Höhe limitiert. Dabei müssen diese Anlagen bzw. Emittenten beim Erwerb von international anerkannten Ratingagenturen beurteilt und mindestens mit einem Investment Grade Rating eingestuft worden sein. Die externen Ratings werden durch interne Risikoüberwachungsmechanismen begleitet.

Zur Gewährleistung eines unter Bonitäts Gesichtspunkten soliden Eigengeschäftes gelten neben den emittentenbezogenen Limiten auch Strukturlimite im Gesamtbestand für Anlagen außerhalb Deutschlands sowie hinsichtlich des Ratings und der Besicherung.

Ergänzend erfolgt eine Spreadüberwachung der zulässigen Emittenten und der im Bestand befindlichen Positionen.

Im Eigengeschäft werden Ausfall-, Spread- und Migrationsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Risikoermittlung erfolgt innerhalb von VR-Control mit dem Kreditportfoliomodell Eigengeschäft (KPM-EG) der parcIT.

Zur Umsetzung der strategischen Asset Allokation im Spezialfonds werden Fonds erworben. Diese werden mindestens einmal jährlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes und ihrer Wirksamkeit bezüglich der strategischen Asset Allokation analysiert.

Im Rahmen der strategischen Asset Allokation finden indirekt auch Anlagen außerhalb Europas statt, die in der Höhe limitiert sind.

Die eingesetzten Risikomodelle sind hinreichend konservativ gewählt, um die sich daraus ergebenden Risiken in der Risikotragfähigkeit abzubilden.

Länderrisiken

Länderrisiken ergeben sich im Wesentlichen nur aus dem Eigengeschäft und werden durch Strukturlimite auf Basis des Gesamtbestandes gesteuert.

III.4 Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen, wenn Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder nicht in ausreichender Höhe erfüllt werden können (Liquiditätsrisiken im engeren Sinne) oder wenn die Liquidität nur zu veränderten Marktpreisen beschafft werden kann (Refinanzierungskostenrisiko).

Zur Vermeidung des Risikos der Illiquidität ist u. a. die aufsichtsrechtlich definierte LCR (Liquidity Coverage Ratio – Mindestliquiditätsquote) einzuhalten. Die LCR fungiert als Kennzahl des kurzfristigen Liquiditätsrisikos jedes Kreditinstitutes und stellt das Verhältnis zwischen liquiden Aktiva und möglichen Zahlungsabflüssen der nächsten 30 Tage dar. Darüber hinaus ist die NSFR (Net Stable Funding Ratio) zur Einhaltung einer stabilen Refinanzierung täglich einzuhalten.

Die Finanzplanung der Bank ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Im genossenschaftlichen Finanzverbund stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung, um unerwartete Zahlungsstromschwankungen aufzufangen. Ergänzend können bei der EZB qualitativ hochwertige und im Volumen angemessene Wertpapierbestände im Pfanddepot vorgehalten werden.

Darüber hinaus ist ein Mindestzeitraum einzuhalten, um verstärkte Zahlungsmittelabflüsse ohne finanzielle Hilfe Dritter durch Vorhalten ausreichender liquider Mittel zu überstehen (Survival Period).

Die Liquiditätsübersicht basiert auf Annahmen der Ergebnisvorschau und berücksichtigt liquiditätsspezifische Charakteristika der Produkte. Die Erstellung erfolgt innerhalb von VR-Control. In der Liquiditätsübersicht werden die erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse gegenübergestellt. Die schon entstandenen und die sich aus den möglichen Refinanzierungsnotwendigkeiten ergebenden zukünftigen Refinanzierungskosten werden über ein geeignetes Kostenrechnungssystem im Rahmen der Gesamtbanksteuerung berücksichtigt.

Aus der Liquiditätsübersicht werden zusätzlich Risikoszenarios insbesondere im Rahmen der Stresstests abgeleitet. Diese Risikoszenarios berücksichtigen verstärkte Zahlungsmittelabflüsse durch Abschmelzung der Einlagen oder verstärkten Abruf eingeräumter Kreditlinien.

Das ökonomische Liquiditätsrisiko zeigt den möglichen Verlust des Liquiditätskostenbarwertes auf, wenn sich das Verhältnis zwischen risikoloser Zinskurve (Swap) und Pfandbriefkurve ändert.

III.5 Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Gefahren von Verlusten, die in betrieblichen Systemen und Prozessen (inkl. IT-Systemen, Projekten und ausgelagerten Aktivitäten) begründet liegen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Es wurden Steuerungsinstrumente für das Management operationeller Risiken entwickelt, die eine regelmäßige Analyse und Identifizierung von Schwachstellen und Optimierungsmöglichkeiten von Prozessen liefern.

Die Ablaufprozesse der Sparda-Bank Hannover eG und die Funktionsfähigkeit der technischen Systeme werden laufend den internen und externen Erfordernissen angepasst. Die wesentlichen betrieblichen Abläufe sind in Arbeitsanweisungen geregelt und werden durch die Interne Revision überwacht. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgeschirmt.

Bei der Umsetzung der Anforderungen aus § 25h Abs.2 KWG wurde die Sparda-Bank Hannover eG durch die HGB Hanseatische Gesellschaft für Beauftragtenwesen eG (Sitz: Hamburg) unterstützt. An diese Genossenschaft wurde die Funktion der Zentralen Stelle gemäß § 25h Abs. 7 KWG ausgelagert (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger strafbarer Handlungen). Diese Leistungen werden ab dem 01. Januar 2023 von der Sparda-Bank Hamburg eG übernommen.

Die Ermittlung und Abbildung operationeller Risiken in der Risikotragfähigkeit erfolgt anhand von internen Risikoeinschätzungen bzgl. der Geschäftsprozesse, der Risiken der IT-Systeme und IT-Sicherheit, des Notfallmanagements, der Projekte sowie der wesentlichen Auslagerungen.

III.6 Weitere Risiken

III.6.1 Vertriebs- und Betriebsrisiko

Als Vertriebs- und Betriebsrisiken werden Abweichungen im Kundengeschäft definiert, die aus einer Unterschreitung der geplanten Erträge durch Volumen- und Margenabweichungen sowie im Provisionsergebnis oder einer Überschreitung der geplanten Betriebsaufwendungen entstehen oder durch eine Kombination beider Effekte eintreten können.

Die Wirkungen des Vertriebs- und Betriebsrisikos werden im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit im adversen Szenario gezeigt. Dagegen wird das Vertriebs- und Betriebsrisiko in der ökonomischen Risikotragfähigkeit nicht abgebildet, da in dieser Sicht nur die Risiken des aktuellen Bestandes ohne erwartetes Neugeschäft betrachtet werden.

III.6.2 Modellrisiko

Alle in der Risikotragfähigkeit abgebildeten Risiken ergeben sich aus der Verwendung von Modellen. Es besteht ein Modellrisiko, wenn die zugrunde liegenden Annahmen und Algorithmen sich von der tatsächlichen Entwicklung unterscheiden.

Zur Minimierung des Modellrisikos werden etablierte Verfahren und Modelle eingesetzt, die einem regelmäßigen Backtesting unterzogen werden. Ein wesentlicher Vorteil aus der Rechenzentrumsmigration liegt auch darin, dass mit der Einführung von VR-Control eine zentrale Modellvalidierung seitens der parclT vorgenommen wird.

Die bisherigen Validierungen bestätigten die Modelle der parclT. Darüber hinaus werden Modellrisiken für Marktpreis- und Adressenrisiken ermittelt und bei der jeweiligen Risikoart auf das Risikolimit angerechnet.

III.6.3 Krieg in der Ukraine

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine waren im letzten Jahr in vielen Bereichen spürbar. Die unmittelbar nach Kriegsausbruch durchgeführten anlassbezogenen Stresstests zeigten keine Hinweise, dass das Geschäftsmodell gefährdet wäre.

In Folge des Krieges veränderten sich allerdings die Marktpreise in Form stark steigender Zinsen und fallender Aktienmärkte. Insofern wurden Marktpreisrisiken spürbar, zum einen in Form einer sofortigen starken Belastung im Bewertungsergebnis der Eigenanlagen, zum anderen in einem deutlich entspannteren Ausblick im Zinsergebnis nach vielen Jahren des Niedrig- und Negativzinsniveaus.

III.6.4 Coronavirus

Der weitere Verlauf der Coronapandemie zeigte auch in diesem Jahr keine Handlungsnotwendigkeiten in Bezug auf die eingesetzten Risikosteuerungs- und -überwachungssysteme.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Nach zusammenfassender Betrachtung der allgemeinen und besonderen Risiken kann festgestellt werden, dass zurzeit keine existenzgefährdenden Risiken bestehen. Darüber hinaus ist die Bank in der Lage, aufgrund ihres vorhandenen Risikodeckungspotenzials beim Auftreten von Risikofaktoren einen entsprechenden Ausgleich zu bewirken.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet in den nächsten Jahren einen unverändert anhaltenden harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Zur Schärfung des bestehenden Geschäftsmodells und zur Optimierung ihrer Kunden- und Produktphilosophie wird die Sparda-Bank Hannover eG dem Weg ihrer eingeschlagenen Strategie weiter folgen.

Zur konsequenten Entwicklung und langfristigen Bindung der Bestandskunden werden die Aktivitäten der Bank auf die vier definierten Bedarfswelder „Bauen und Wohnen“, „Geldanlage“, „Vorsorge“ sowie „Girokonto“ konzentriert. Insofern bleibt das Kundengeschäft von wesentlicher Bedeutung.

Die Gewinnung von Gehaltskonten und Baufinanzierungen sowie die Vermittlung von Investmentfonds stehen auch weiterhin im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten.

Auf Basis der zu Beginn des Jahres 2023 getroffenen Planungsannahmen wird für die kommenden beiden Jahre sowohl für das Kundenaktiv- als auch für das Kundenpassivgeschäft eine Seitwärtsbewegung erwartet. Daraus ergibt sich ein leichter Rückgang der Bilanzsumme von bis zu einem Prozent.

Die Eigengeschäfte unterstützen und ergänzen die Kundengeschäfte. Die bedeutendste Risikoklasse Zinsbuch wird passiv, d. h. benchmarknah im Rahmen eines Abweichungslimits, gesteuert. Weitere Risikoklassen wie Aktien oder Immobilien werden über Fonds abgebildet.

In den Planungsrechnungen wird grundsätzlich eine Prolongation des Wertpapierbestandes unterstellt, sodass von einem konstanten Verlauf auszugehen ist.

Innerhalb der Weiterentwicklung der strategischen Asset Allokation wird die Mischung verschiedener Risikoklassen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Anforderungen an den Geschäftsbetrieb sind gerade aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung in den nächsten Jahren von einem hohen Anspruch an die Kundenzufriedenheit bei gleichzeitiger kostengünstiger Leistungserstellung und schneller Abwicklung geprägt.

Die Bank ist daher bestrebt, ihre Effizienz dauerhaft zu steigern, indem sie die Produkte und Prozesse – stets mit Blick auf den Kunden – digitalisiert, optimiert und automatisiert. Hierzu betreibt sie eine ständige Ertragssteuerung und ein aktives

Kostenmanagement. Hier wirkt insbesondere die in 2020 durchgeführte Rechenzentrumsmigration mit einer weitgehenden Stabilisierung der IT-Kosten in den kommenden Jahren.

Auch wenn die starken Belastungen des Zinsergebnisses durch die Niedrig- und Negativzinsphase der letzten Jahre überwunden wurden, würde ein Fortbestehen der zum Jahreswechsel vorliegenden inversen Zinskurve insbesondere die wesentliche Geschäftsaktivität Fristentransformation langfristig belasten und das Zinsergebnis ohne weitere Maßnahmen jährlich reduzieren. Die Bank hat jederzeit die Möglichkeit, die strategische Ausrichtung zu überprüfen und wird bei Bedarf Maßnahmen einleiten, den Fortbestand des Geschäftsmodells zu sichern. Für 2023 wird ein Anstieg – des um die in 2022 getätigten Swapclosings bereinigten Zinsergebnisses – von ca. 10 Mio. EUR erwartet.

Auf Basis der Vertriebsplanung wird für 2023 ein um ca. 1 Mio. EUR höheres Provisionsergebnis prognostiziert.

Die Planungsrechnungen für den Verwaltungsaufwand sind insbesondere wegen der hohen Unsicherheit aufgrund der Inflation konservativ ausgerichtet und zeigen zusätzliche Belastungen von 4 Mio. EUR für 2023.

Durch die starke Fokussierung auf das Baufinanzierungsgeschäft können sich die Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft tendenziell erhöhen, sollten die Kunden aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten in eine finanzielle Notsituation geraten. Aufgrund der bestehenden Limitierung, der vergleichsweise hohen Granularität des Portfolios und der bestehenden Reserven sollten mögliche Ausfälle aber wie auch bisher verkraftbar sein.

Aufgrund der guten Bonität der Eigenanlagen und des geltenden Systems an Struktur- und Emittentenlimiten erwartet die Bank keine erhöhten Ausfallrisiken im Eigengeschäft.

Das Bewertungsergebnis aus Kunden- und Eigengeschäft sollte sich insbesondere aufgrund der nach den Belastungen in 2022 einsetzenden Wertaufholung der Eigenanlagen verbessern. Hier wird bei konstanten Marktdaten ein positives Ergebnis von ca. 5 Mio. EUR gesehen. Aber selbst bei sich weiter verschärfenden Marktdaten stehen den ermittelten Risiken ausreichend Risikodeckungsmasse gegenüber.

Die bisher gute Eigenmittelausstattung soll auch in Zukunft aus dem Ergebnis weiter nachhaltig gestärkt werden.

Die Einführung des antizyklischen Kapitalpuffers für Deutschland in Höhe von 0,75 Prozent und des Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien in Höhe von 2,0 Prozent ab 01. Februar 2023 sind in den Planungsrechnungen berücksichtigt. Hieraus lassen sich wie auch im Vorjahr keine Engpässe für die Geschäftstätigkeit ableiten.

Die Sparda-Bank Hannover eG erwartet damit zusammenfassend in den beiden nächsten Geschäftsjahren trotz aller Vorsicht eine deutliche Ergebnissteigerung gegenüber dem Vorjahr.

Aus der abflauenden Coronapandemie werden keine wesentlichen Einflüsse auf die Vermögens- und Ertragslage mehr erwartet.

Deutlich höhere Unsicherheit besteht hinsichtlich des Verlaufes und weiterer Eskalation im Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie den Reaktionen Chinas und des Westens bis hin zu einem Krieg um Taiwan.

Sollte die Inflation nicht perspektivisch sinken und sich die Konjunktur noch stärker in Richtung Rezession bewegen, dann können stärkere Belastungen im Kunden- und Eigengeschäft nicht ausgeschlossen werden. Daher werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet, sodass daraus Maßnahmen zur Ergebnis- und Risikosteuerung abgeleitet und umgesetzt werden können.

Mit allen Geschäftsaktivitäten will die Bank weiter nachhaltig Eigenmittel schaffen, um weiterhin eine langfristige Existenzsicherung, auch unter den verschärften regulatorischen Anforderungen, zu ermöglichen. Von grundlegender Bedeutung bleibt das zinsabhängige Kundengeschäft.

Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells erfolgt u. a. im Rahmen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit (Kapitalplanung). Anhand von Szenarioanalysen für das aktuelle und die folgenden drei Kalenderjahre werden mögliche Entwicklungen der Ergebnis- und Vermögenslage aufgezeigt. Daraus können bei Bedarf frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen abgeleitet werden.

Die größten Chancen für das Geschäftsmodell ergeben sich, wenn das Zinsniveau die Inversität zugunsten einer steileren Struktur verlässt. Eine weitere Chance liegt in der Intensivierung der Vertriebsaktivitäten im Provisionsgeschäft.

Die größten Risiken ergaben sich bisher aus einem Niedrig- und Negativzinsniveau wie in den letzten Jahren und parallel nachgebenden Aktienmärkten.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass, soweit vorstehend Prognosen oder Erwartungen geäußert wurden oder Aussagen die Zukunft betreffen, die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen hiervon abweichen können.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

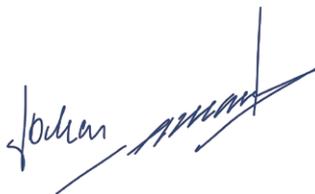
Hannover, den 13. März 2023

Sparda-Bank Hannover eG

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

1. Jahresbilanz zum 31.12.2022

Aktivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			16.426.247,79		18.762
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			248.692.083,96		48.651
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	248.692.083,96				(48.651)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	265.118.331,75	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			393.178.712,59		842.494
b) andere Forderungen			620.840.859,83	1.014.019.572,42	398.663
4. Forderungen an Kunden				2.987.673.096,70	2.999.105
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2.096.815.559,17				(2.186.433)
Kommunalkredite	–				(–)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten		–	–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		–			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
bb) von anderen Emittenten		378.713.669,75	378.713.669,75		383.770
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	254.494.349,44				(238.647)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	378.713.669,75	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				384.379.749,00	337.161
6a. Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			9.354.566,50		9.355
darunter: an Kreditinstituten	9.146.662,44				(9.147)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
an Wertpapierinstituten	–				(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			32.310,00	9.386.876,50	32
darunter: bei Kreditgenossenschaften	21.000,00				(21)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
bei Wertpapierinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				38.714.398,54	38.714
darunter: an Kreditinstituten	–				(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
an Wertpapierinstituten	–				(–)
9. Treuhandvermögen				1.437,65	6
darunter: Treuhandkredite	1.437,65				(6)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			6.914,00		21
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	6.914,00	–
12. Sachanlagen				3.166.869,00	3.485
13. Sonstige Vermögensgegenstände				7.153.249,69	7.897
14. Rechnungsabgrenzungsposten				88.965,76	124
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				1.316.664,00	133
17. –				–	–
Summe der Aktiva				5.089.739.794,76	5.088.373

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			51.784.623,80		85
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			217.093.289,11	268.877.912,91	251.508
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		1.519.671.767,50			1.514.379
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		1.040.812,27	1.520.712.579,77		1.378
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		2.771.972.028,59			2.818.571
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		43.879.478,22	2.815.851.506,81	4.336.564.086,58	26.326
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				1.437,65	6
darunter: Treuhandkredite	1.437,65				(6)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				4.560.913,24	5.320
6. Rechnungsabgrenzungsposten				54.972,47	47
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			11.313.662,00		12.545
b) Steuerrückstellungen			9.471.596,45		1.078
c) andere Rückstellungen			15.652.232,34	36.437.490,79	16.409
8. -				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				40.443.870,55	40.444
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				164.423.532,91	164.393
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			73.898.864,00		74.005
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		25.843.000,00			25.489
cb) andere Ergebnisrücklagen		135.127.000,00			132.861
cc) -		-	160.970.000,00		-
d) Bilanzgewinn			3.506.713,66	238.375.577,66	3.529
Summe der Passiva				5.089.739.794,76	5.088.373
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1.066.161,76		1.169
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	1.066.161,76	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			181.042.379,41	181.042.379,41	226.148
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2022

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		86.954.477,23			67.703
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		3.413.339,20	90.367.816,43		2.572
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	891.565,52				(2.933)
2. Zinsaufwendungen				80.117.592,87	-15.073
darunter: erhaltene negative Zinsen	382.959,53				(181)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			5.655.838,63		6.274
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			252.302,30		418
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			-	5.908.140,93	-
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			22.636.105,07		16.848
6. Provisionsaufwendungen			-6.955.248,90	15.680.856,17	-6.836
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				5.677.818,42	3.890
9. –				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-24.575.684,52			-25.278
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-7.209.840,38	-31.785.524,90		-7.905
darunter: für Altersversorgung	-2.818.652,45				(-3.370)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-27.871.996,74	-59.657.521,64	-29.344
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-1.079.139,35	-1.329
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1.013.758,73	-2.846
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-326.022,32			(-456)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				-14.359.404,42	-1.170
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-14.359.404,42
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbunde- nen Unternehmen und wie Anlagever- mögen behandelte Wertpapiere				-15.551.186,64	-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				-	-15.551.186,64
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18. –				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				15.723.397,61	15.827
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-584
22. Außerordentliches Ergebnis				-	(-584)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				-12.177.124,63	-5.698
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen				-8.943,69	-12.186.068,32
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-30.615,63	-6.005
25. Jahresüberschuss				3.506.713,66	3.529
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				3.506.713,66	3.529
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				3.506.713,66	3.529
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				3.506.713,66	3.529
28a. –				-	-
29. Bilanzgewinn				3.506.713,66	3.529

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

- Die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover, ist beim Amtsgericht Hannover unter der Genossenschaftsregister-Nummer 220 eingetragen.
- Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
- Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet. Sofern von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres abgewichen wurde, wird dies bei den entsprechenden Posten sowie zusammengefasst nochmals am Ende des Abschnitts B unter „Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ dargestellt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Den latenten Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgt über ein Expected-Credit-Loss-Modell, bei dem ein erwarteter Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne die Anrechnung von Bonitätsprämien ermittelt wird. Die Berechnung des erwarteten Verlustes erfolgt unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt für alle unter den Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Geschäften sowie für unter der Bilanz auszuweisende Eventualverpflichtungen und anderen Verpflichtungen (einschließlich unwiderruflicher Kreditzusagen). Im Hinblick auf unwiderrufliche Kreditzusagen und Eventualverpflichtungen erfolgt die bilanzielle Erfassung in Form einer Rückstellung.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB im Bestand.

Wertpapiere

Zur Abbildung einer veränderten Zweckbestimmung erfolgten im Geschäftsjahr bei einigen Wertpapieren Umwidmungen von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen. Sowohl die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) als auch die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten derivativen Finanzinstrumentes wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Chancen oder Risiken im Vergleich zum Basisinstrument aufweisen, liegen nicht vor.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten/Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Software wurde unter der Bilanzposition „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen erfolgte eine teilweise kongruente Bewertung. Vgl. hierzu Ausführungen in den Abschnitten Rückstellungen bzw. Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Latente Steuern

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Nennswerte passive Steuerlatenzen bestehen nicht. Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere sowie bei den Rückstellungen.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzung des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet.

Das Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 32.347.262 EUR entspricht den Anschaffungskosten und wurde mit dem Erfüllungsbetrag der Altersversorgungsverpflichtungen in Höhe von 31.030.598 EUR saldiert. Ein nach der Saldierung verbleibender Überhang wurde in Höhe von 1.316.664 EUR aktiviert. Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit laufenden Erträgen sowie Erfolgsauswirkungen aus Zeitwertänderungen des Deckungsvermögens in Höhe von 566.234 EUR verrechnet. Der Saldo ist unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Pensionsanswartschaften wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren mit statischer Prämie berechnet. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden, soweit relevant, sechs Prozent p. a. und als Rententrend allgemein zwei Prozent p. a. bzw. mit der vertraglich garantierten Anpassung von einem Prozent p. a. in die Bewertung einbezogen.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte entsprechend unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per Dezember 2022 entsprechend des für die Ermittlung des Rechnungszinses vorgeschriebenen Verfahrens (1,79 Prozent). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 867.305 EUR.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden abweichend zum Ab-/Aufzinsungseffekt im Personalaufwand gezeigt.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet.

Für Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen wurde eine teilweise kongruente Bewertung auf Basis eines faktorbasierten Bewertungsverfahrens (Deckungskapitalverfahren) vorgenommen. Im Zuge der Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite wurden die Verpflichtungen aus Altersversorgungsleistungen im Berichtsjahr mit dem korrespondierenden Buchwert der

Rückdeckungsversicherung bewertet. Vgl. hierzu auch Erläuterungen im Abschnitt Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessene Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches

Die Finanzinstrumente des Zinsbuches (einschließlich derivativer Steuerungsinstrumente der Aktiv-Passiv-Steuerung) werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuches nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n.F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2022 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit werden regelmäßig Bürgschaften übernommen. Dabei ist es erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich. Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2022 in Höhe von 181.042.379 EUR betreffen 138.188.371 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Es werden unwiderrufliche Kreditzusagen gewährt, um den Finanzierungsbedürfnissen der Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Bank widerrufen werden können. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrages). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwandes). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand, so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag, ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Umgesetzte Anpassungen zur Beachtung des IDW-Rechnungslegungshinweises FAB 1.021 hinsichtlich einer teilweisen kongruenten Bewertung von Pensionsrückstellungen und Ansprüchen aus den zu ihrer Finanzierung abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen bei Anwendung des sogenannten Primats der Aktivseite führten zu einer ertragswirksamen Auflösung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.123.031 EUR. Der Ertrag aus der Erstanwendung ist Bestandteil des Postens „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung.

C. Entwicklung des Anlagevermögens (volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.866.128	4.304	-	a) 8.116 b) -	1.862.316	6.914	21.016
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.479.343	818.884	-	a) 4.905.275 b) -	18.392.952	3.166.869	3.485.487
Summe a	24.345.471	823.188	-	a) 4.913.391 b) -	20.255.268	3.173.783	3.506.503

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zu- gängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	(+) EUR	(-) EUR	(+/-) EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagevermögen	1.845.112	-	8.116	-	18.406	-	1.855.402
Sachanlagen							
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.993.856	-	4.828.506	-	1.060.733	-	15.226.083
Summe a	20.838.968	-	4.836.622	-	1.079.139	-	17.081.485

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlage- vermögens	174.325.586		164.379.707
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossen- schaften	9.386.877		9.386.877
Anteile an verbundenen Unternehmen	38.714.399		38.714.399
Summe b	222.426.862		164.379.707
Summe a und b	246.772.333		386.806.569
			389.980.352

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

→ In den Forderungen an Kreditinstitute sind 989.293.219 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	55.840.860	165.000.000	220.000.000	180.000.000
Forderungen an Kunden (A 4)	52.662.763	142.493.905	693.068.329	2.089.600.590

In den Forderungen an Kunden sind 9.847.510 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 39.181.686 EUR fällig.

→ In den Forderungen und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3)	989.293.219	1.216.456.032
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	234.199.119	246.728.636

→ Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) von mehr als 10 Prozent (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
a) Renditeerwartung	177.254.020	177.254.020	-	-	Ja
b) Renditeerwartung	207.125.729	214.166.395	7.040.666	5.655.839	Nein

Die Anlage zu "a)" enthält eine Teilkomponente in Höhe von 30.000.000 EUR bei der eine tägliche Rückgabe nicht möglich ist.

→ Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) Sparda Hannover Immobilien GmbH, Hannover	100	2022	32.532	2022	1.243
b) 1. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2022	44.426.809	2022	-8.761
c) 2. Sparda Hannover Immobilienverwaltung GmbH & Co. KG, Hannover	100	2022	45.769.515	2022	1.085.015

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, weil aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 290 Abs.5 HGB i.V.m. § 296 Abs.2 HGB) auf die Aufstellung verzichtet werden konnte.

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ Bank AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main	0,07	2021	10.616.410.106	2021	358.830.817
b) Norddeutsche Genossenschaftliche Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Hannover	0,04	2022	1.398.299.218	2022	95.681.592

➔ In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	378.713.670	343.328.245	35.385.425	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	207.125.729	–	207.125.729	–
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften (A 7)	207.904	–	207.904	–

➔ Im Bilanzposten „Treuhandvermögen“ (A9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen und für fremde Rechnung gehalten werden.

➔ In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.166.869

➔ Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Provisionsansprüche gegenüber Kapitalanlagegesellschaften	3.526.914

➔ In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
b) bb) Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	21.525.739	22.105.156

➔ In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 268.860.451 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

→ Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	4.071.050	8.897.892	45.095.220	159.029.127
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	355.330	–	646.133	39.349
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	5.847.610	14.115.815	23.710.168	205.885

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
- Personalaufwand und Lohnsteuer	1.513.672
- Steuern (Abgeltungssteuer, KiSt, SolZ)	428.425

→ Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende antizipative Beträge größeren Umfangs enthalten:

	EUR
- Personalaufwand und Lohnsteuer	1.513.672

→ Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 920.850 EUR an.

Mittelaufnahmen, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	Betrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
	10.000.000	EUR	2,410	04.12.2024
	5.000.000	EUR	1,900	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,010	30.04.2025
	5.000.000	EUR	2,315	21.05.2025
	5.000.000	EUR	2,260	22.05.2025
	8.000.000	EUR	2,600	28.05.2027
Nominalbeträge von Mittelaufnahmen unter 10% des Gesamtbetrages	2.000.000	EUR		

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen

Die Ursprungslaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mindestens 10 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	–	–	268.860.451	251.507.767
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	7.313.671	5.722.931	–	–

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		70.544.864
b) der ausscheidenden Mitglieder		3.211.520
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		142.480
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	–	–

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2022	25.489.000	132.861.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	354.000	2.266.000
Stand 31. Dezember 2022	25.843.000	135.127.000

- Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 2,500 %	1.806.713,66
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	357.000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	1.343.000,00
Insgesamt	3.506.713,66

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestandes

	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1–5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC - Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	150,0	408,0	455,0	1.013,0	73,8	26,3

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt.

Die Berechnung "Beizulegender Zeitwert" bei den Zins-Swaps wurde anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode vorgenommen. Dabei wurden Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeit-adäquaten Marktzins diskontiert.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- ➔ Im Geschäftsjahr 2022 wurde im Zuge der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) das Derivate-Portfolio verändert. Hierdurch wurde ein positiver Barwert in Höhe von 22.435.807 EUR in der GuV Position 1 realisiert.

E. Sonstige Angaben

- ➔ Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs.4 HGB verzichtet.
- ➔ Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 270.103 EUR.
- ➔ Die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebenen erhielten 945.468 EUR.
- ➔ Für frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bestehen zum 31. Dezember 2022 Pensionsrückstellungen in Höhe von 17.128.977 EUR.
- ➔ Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstandes	1.316.412
Mitglieder des Aufsichtsrates	74.705

- ➔ Geschäfte mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen-, und Girogeschäfts vorgenommen.
- ➔ Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Garantieverbund) in Höhe von 7.946.020 EUR.
- ➔ Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.
- ➔ Gemäß Teil 8 der CRR (Art.435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

- Die Zahl der im Jahr 2022 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	226,00	182,00

Außerdem wurden durchschnittlich 9,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

Mitgliederbewegung	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen
			EUR
Anfang 2022	205.481	1.371.786	-
Zugang 2022	184	49.969	-
Abgang 2022	10.234	65.123	-
Ende 2022	195.431	1.356.632	-

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	788.008
Höhe des Geschäftsanteils	52
Höhe der Haftsumme	-

- Ab dem 01. Januar 2022 ist die Nachschusspflicht der Mitglieder gemäß Satzung § 40 Abs.2 ausgeschlossen. Daraus resultiert der vollständige Wegfall der Haftsumme.

➔ Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Sparda-Banken e.V.

Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt/Main

➔ Mitglieder des Vorstandes:

André-Christian Rump

(Vorsitzender)

Geschäftsleiter

Jochen Ramakers

(stellvertretender Vorsitzender)

Geschäftsleiter

Niclas Bychowski

Geschäftsleiter

➔ Mitglieder des Aufsichtsrates:

Susanne Steinert

(Vorsitzende)

Betriebsratsvorsitzende
DB Netz AG, Region Nord

Sven Hitz

(stellvertretender Vorsitzender)

Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Katrin Becker

Fachreferentin HR Operations HR Administration
Deutsche Bahn AG

Jörg Dreyer

Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Karl Eickmeier

(bis 17. Juni 2022)

Freistellungsphase Altersteilzeit
Deutsche Bahn Regio AG

Jürgen Goldberg

Landesreferent für Kriminalprävention
Landeskriminalamt Niedersachsen

Thomas Hermann

Bürgermeister/stellvertretender Ratsvorsitzender
der Landeshauptstadt Hannover

Torsten Rathsmann

(ab 17. Juni 2022)

Vorsitzender Besonderer Personalrat
Bundeseisenbahnvermögen

Prof. Dr. Bodo von Rügen

Hochschullehrer
Hochschule Bielefeld

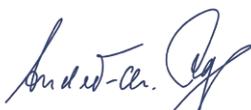
Dominic Sauer

Leiter Instandhaltung AiM Netz Bremen
DB Netz AG

Hannover, 27. Februar 2023
(Ort, Datum)

Sparda-Bank Hannover eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand



André-Christian Rump



Jochen Ramakers



Niclas Bychowski

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Hannover eG, Hannover

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Hannover eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ➔ entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 und
- ➔ vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.988 Mio. EUR. Dies entspricht 58,7 % der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- ➔ die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen - mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- ➔ wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- ➔ anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs.2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der

Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- ➔ identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ➔ gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.
- ➔ beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ➔ ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- ➔ beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- ➔ beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- ➔ führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutende Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i.V.m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- ➔ Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- ➔ Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- ➔ Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 17.04.2023

Verband der Sparda-Banken e.V.

gez. Heiko Hunkel

Wirtschaftsprüfer

Dankeschön

Besonders in schwierigen Zeiten zeigt sich, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Der genossenschaftliche Grundgedanke der Solidarität und des gemeinschaftlichen Handelns ist deshalb heute aktueller denn je. Auch 2022 konnten wir auf unsere Partner zählen. Ihnen und allen Menschen, die uns unterstützt haben, sagen wir: „danke schön!“

Ein großer Dank geht an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie setzen sich tagtäglich für unsere Kundinnen und Kunden ein und geben unserer Bank ein Gesicht. Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates bedanken wir uns, dass sie unsere Interessen stets verantwortungsvoll vertreten. Unseren Kundinnen, Kunden und Mitgliedern danken wir für ihr oft langjähriges Vertrauen.

Mit unseren historisch verbundenen Kooperationspartnern DZ BANK AG, Deutsche Bahn AG und Bundeseisenbahnvermögen haben wir auch 2022 vertrauensvoll zusammengearbeitet. Dafür sagen wir „danke!“ Weitere Unterstützung erhielten wir von unseren Partnern Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, DEVK Versicherungen, Union Investment, GENO Broker GmbH, Interhyp AG, Hypoport AG, Teambank AG, Credit Life AG und Raisin DS GmbH. Auch ihnen gilt unser Dank.

Ein starker Rückhalt ist unser Dachverband, der Verband der Sparda-Banken e.V. in Frankfurt am Main. Ihm danken wir, dass er sich für unsere gemeinsamen Interessen einsetzt.

Impressum

Herausgeber
Sparda-Bank Hannover eG
Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100
sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de

Gestaltung und Herstellung
PEPE berlin
Wolfener Str. 32-34, Haus M
12681 Berlin

Druck
Printmedien Biewald GmbH & Co. KG
Lägenfeldstraße 8
30952 Ronnenberg

Quellennachweis Bilder
Seite 3 und 6 Karsten Koch

Kontakt
Sparda-Bank Hannover eG
Unternehmenskommunikation
kommunikation@sparda-h.de

Unsere Standorte

1. Bremerhaven
2. Bremen,
Contrescarpe-Center
3. Bremen (SB)
4. Bremen (SB)
5. Bremen (SB)
6. Bremen (SB)
7. Delmenhorst (SB)
8. Uelzen (SB)
9. Celle
10. Langenhagen
11. Seelze (SB)
12. Hannover,
Ernst-August-Platz
13. Hannover (SB)
14. Hannover (SB)
15. Hannover (SB)
16. Hannover (SB)
17. Lehrte (SB)
18. Wolfsburg (SB)
19. Wolfsburg
(Beratungcenter
Baufinanzierung)
20. Braunschweig
21. Wolfenbüttel (SB)
22. Hildesheim
23. Hameln
24. Minden
25. Herford (SB)
26. Bielefeld
27. Detmold (SB)
28. Gütersloh (SB)
29. Goslar (SB)
30. Northeim (SB)
31. Göttingen



Stand: Januar 2023

-  11 Filialen
-  19 SB-Standorte
-  1 Beratungcenter

Sparda-Bank Hannover eG

Ernst-August-Platz 8
30159 Hannover

Telefon: 0511 3018-0
Telefax: 0511 3018-100

sparda@sparda-h.de
www.sparda-h.de